

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom 30. März 2023 betreffend leistbare Lebensmittel

Der Mikrowarenkorb misst die Preisentwicklung der Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs, die mitunter erheblich von der allgemeinen Preisentwicklung abweichen kann. Das Inflationsempfinden der Bevölkerung wird mit diesem Warenkorb besser reflektiert als durch den Verbraucherpreisindex-Warenkorb, der wesentlich mehr Güter und Leistungen umfasst. Denn der Verbraucherpreisindex-Warenkorb beinhaltet beispielweise auch die Preisentwicklung von Kraftfahrzeugen, Bekleidung und Schuhe, Restaurants und Hotels etc.

Derzeit beträgt die Inflation 11,2 Prozent der Mikrowarenkorb ist jedoch um knapp 17 Prozent gestiegen. Das tägliche Leben muss für die Menschen leistbar sein und auch bleiben. Daher müssen auch seitens der Bundesregierung endlich gezielte und nachhaltige Markteingriffe erfolgen und zwar insbesondere in den Bereichen Wohnkosten (Mieten und Energie) sowie im Bereich der Grundnahrungsmittel (Preisdeckel auf Grundnahrungsmittel).

Bis dato hat die Bundesregierung mit der Strompreisbremse nur eine einzige Maßnahme präsentiert, die tatsächlich die Preise senken wird. Sie wird laut Berechnungen des Momentum Institutes alle Einkommensgruppen in etwa gleich stark entlasten – nämlich um 280 Euro im Jahr – ungefähr das, was derzeit ein durchschnittlicher Haushalt jährlich an Mehrkosten für Strom hat. Ansonsten greift die Bundesregierung bei den Preisen nicht ein. Es ist weder ein Gaspreisdeckel wie in Deutschland geplant, noch ein Stopp von Mieterhöhungen wie in Spanien und Portugal. Anders als die deutsche Bundesregierung reduziert sie auch nicht die Mehrwertsteuer auf Energie – im Gegenteil: Die CO₂-Steuer macht das Heizen mit Gas noch teurer. Darüber hinaus existiert kein Preisdeckel für Grundnahrungsmittel wie beispielsweise Kartoffeln, Brot- und Backwaren, Hülsenfrüchte, Teigwaren, Reis sowie heimisches Obst und Gemüse.

Die Preissteigerungen treiben mehr und mehr Menschen in die Armut. Die Zahl jener, die sich den Einkauf in einem normalen Supermarkt nicht mehr leisten kann steigt zusehends. Rund 50.000 BurgenländerInnen sind armutsgefährdet. Die Burgenländische Landesregierung hat mit ihrer Initiative im Bereich der Sozialmärkte (Sonnenmarkt und Sonnencafe) ein preiswertes Angebot für alle BurgenländerInnen mit geringen Einkommen geschaffen und baut dieses weiter aus. Darüber hinaus forciert die Initiative auch den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln. Dabei wird Armut mit Nachhaltigkeit und sozialem Engagement – flächendeckend im gesamten Burgenland – bekämpft.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge Maßnahmen für leistbare Lebensmittel und insbesondere einen Preisdeckel auf Grundnahrungsmittel schnellstmöglich umsetzen.